

(In Anwendung von Titel VI des Vertrags über die Europäische Union erlassene Rechtsakte)

BESCHLUSS DES RATES

vom 6. Dezember 2001

zur Ausweitung des Mandats von Europol auf die im Anhang zum Europol-Übereinkommen aufgeführten schwerwiegenden Formen internationaler Kriminalität

(2001/C 362/01)

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION —

BESCHLIESST:

gestützt auf das Übereinkommen über die Errichtung eines Europäischen Polizeiamts (Europol-Übereinkommen) ⁽¹⁾, insbesondere auf Artikel 2 Absatz 2,

auf Initiative des Königreichs Belgien und des Königreichs Schweden ⁽²⁾,

nach Stellungnahme des Europäischen Parlaments ⁽³⁾,

aufgrund der Vorarbeiten des Europol-Verwaltungsrats zu dieser Frage, insbesondere der Vorarbeiten zu den haushaltsmäßigen und personellen Auswirkungen für Europol,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Eines der Ziele der Union ist es, den Bürgern in einem Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts ein hohes Maß an Sicherheit zu bieten, indem sie ein gemeinsames Vorgehen der Mitgliedstaaten im Bereich der polizeilichen Zusammenarbeit entwickelt.
- (2) Die Wirksamkeit der Zusammenarbeit im Rahmen des Europol-Übereinkommens ließe sich verbessern, wenn Europol in einigen vorrangigen Bereichen seine Aufgaben in Bezug auf sämtliche Aspekte der internationalen organisierten Kriminalität, die im Anhang zum Europol-Übereinkommen aufgeführt sind, wahrnehmen kann.
- (3) Die vorrangigen Bereiche sollten auf der Grundlage der fortlaufenden Datensammlung über die bei der Kriminalität im Gebiet der Mitgliedstaaten zu beobachtenden Trends definiert werden.
- (4) Dieser Beschluss berührt nicht die jeweilige Rolle der Kommission und der Europäischen Zentralbank —

Artikel 1

Europol wird beauftragt, die im Anhang zum Europol-Übereinkommen aufgeführten schwerwiegenden Formen internationaler Kriminalität zu bekämpfen.

Artikel 2

(1) Auf Vorschlag des Europol-Verwaltungsrates entscheidet der Rat einstimmig darüber, welchen der schwerwiegenden Formen internationaler Kriminalität Priorität zukommt.

(2) Der Direktor unterrichtet den Europol-Verwaltungsrat regelmäßig über den Stand der Umsetzung dieser Prioritäten.

(3) Im allgemeinen Bericht über die Tätigkeit von Europol gemäß Artikel 28 Absatz 10 Unterabsatz 1 Nummer 1 des Europol-Übereinkommens wird ausdrücklich Bezug auf diese Prioritäten genommen und werden die Prioritäten und ihre Umsetzung erläutert.

Artikel 3

(1) Dieser Beschluss wird am 1. Januar 2002 wirksam.

(2) Der Beschluss des Rates vom 29. April 1999 zur Ausdehnung des Mandats von Europol auf die Bekämpfung der Fälschung von Geld und Zahlungsmitteln ⁽⁴⁾ wird zum 1. Januar 2002 aufgehoben.

Artikel 4

Dieser Beschluss wird im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* veröffentlicht.

Geschehen zu Brüssel am 6. Dezember 2001.

Im Namen des Rates

Der Präsident

M. VERWILGHEN

⁽¹⁾ ABl. C 316 vom 27.11.1995, S. 2.

⁽²⁾ ABl. C 176 vom 21.6.2001, S. 26.

⁽³⁾ Stellungnahme vom 12. November 2001 (noch nicht im Amtsblatt veröffentlicht).

⁽⁴⁾ ABl. C 149 vom 28.5.1999, S. 16.